



Falsche Impulse im Landesentwicklungsprogramm

LINKE fragt nach: Soziale Gerechtigkeit, Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung

Die LINKE-Fraktion hatte dem in der letzten Landtagssitzung von der Landesregierung vorgelegten Landesentwicklungsprogramm (LEP) ihre Zustimmung verweigert. „Eine nachhaltige Landesentwicklung müsste grundsätzlich stärker an den Maßstäben sozialer Gerechtigkeit, Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung ausgerichtet werden“, sagte Dr. Johanna Scheringer-Wright, Abgeordnete der Linksfraktion.

Auch sollte zum Beispiel die Bestimmung der Grundzentren besser in den regionalen Planungsregionen verbleiben, denn hier könne die interkommunale Zusammenarbeit wirksamer organisiert werden. Zudem sei der Ressourcenraub im Landesentwicklungsprogramm sehr kritikwürdig.

„Die fehlende Zielvorgabe für den Flächenverbrauch, die Konzentration auf Industrieansiedlungen in den vorgegebenen Entwicklungskorridoren entlang der Autobahnen und die fehlenden Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung der Tierhaltung zeigen, wie wenig Stellenwert die Landwirtschaft im Landesentwicklungsprogramm hat“, so die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die dies als enttäuschend für Thüringen, „das sich wirtschaftlich doch stark auf Land- und Ernährungswirtschaft stützt“, bezeichnet.

In der Landtagsdebatte hatte sie dazu erklärt: „Insbesondere wenn der Ti-

tel 'Thüringen im Wandel' heißt und dann zum Beispiel landwirtschaftliche Belange völlig untergehen, dann heißt das, dass den natürlichen Ressourcen nicht die notwendige Beachtung gegeben wird.

Selbst der Bauernverband, der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zweimal Stellung genommen hat, muss in einem Artikel, veröffentlicht in der Bauernzeitung vor einem Monat, feststellen, ich zitiere: 'LEP ohne Landwirtschaft'. Es wird dort ausgeführt, dass das LEP in breiten Entwicklungskorridoren uneingeschränkt bestes Agrarland für die Ansiedelung von Gewerbe und Industrie preisgibt. Das sehe ich genauso“, soweit die LINKE Agrarpolitikerin im Plenum.

Bessere Weichenstellungen für die Energiewende notwendig

Die falschen Weichenstellungen werden auch für die Energiewende vorgenommen. Dazu ebenfalls ein Auszug aus der Landtagsrede der Abgeordneten: „Die Energieversorgungsstrukturen in Thüringen sind zukunftsfähig auszurichten, indem Energiebedarf und -gewinnung besser aufeinander abgestimmt werden. Immer noch ungenutzte regenerative Energiepotenziale für ein dezentrales Landesenergiesystem müssen erschlossen werden, um schrittweise unabhängig von Energieimporten zu werden. Darüber hinaus sind Energieeinsparmöglichkeiten stärker als bisher zu nutzen. Die

Bereitstellung von Energie ist Teil der Daseinsvorsorge und ist deshalb für jeden zugänglich und bezahlbar zu gestalten.“

Johanna Scheringer-Wright weiter: „Zur optimalen Ausschöpfung vorhandener Windpotenziale sollten Windenergieanlagen auch im Wald unter definierten Bedingungen, die eine kritische ökologische Abwägung beinhalten, gestartet werden. Weiterhin ist die Biomasse für die Energiegewinnung zwar benannt, aber es fehlt ein klares Bekenntnis, betriebliche Biogasanlagen als integralen Bestandteil einer betrieblichen Kreislaufwirtschaft mit der Verwertung von Wirtschaftsdüngern und Reststoffen rein gewerblichen Investormodellen, die hauptsächlich Mais oder andere extra dafür angebaute Pflanzen benutzen, vorzuziehen.“

Auch das im Rahmen des LEP vorgelegte Verkehrskonzept wird von der Linksfraktion kritisiert, denn hier liegt der Fokus zu stark auf dem klimaschädlichen Individualverkehr auf der Straße, zu wenig Beachtung findet der Ausbau des Schienennetzes mit der notwendigen Vernetzung mit anderen Mitteln des Öffentlichen Nahverkehrs.

Zu wenig Augenmerk wird auf Fahrradverkehr und Fußgänger gelegt. Dabei muss zum Beispiel auch das Radfahren als alltägliche Form der Mobilität stärker in Betracht gezogen werden. Die Linksfraktion fordert mehr straßenbegleitende Radwege und in geeigneten Lagen auch Radschnellwege. ■

KOMMENTIERT:

von Tilo Kummer

Anti-Atom-Proteste

Am 11. März hatte sich die Atomkatastrophe in Fukushima zum dritten Mal gejëhrt. Erst nach und nach wird das wahre Ausmaß der verheerenden Folgen sichtbar. Zunehmend gibt es Berichte über kontaminierte Gebiete, kranke und heimatlose Menschen und immer noch heiße Reaktoren, die jederzeit wieder außer Kontrolle geraten können.

Erst kürzlich hat die Vereinigung der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) vor der Vertuschung gesundheitlicher Folgen durch die japanische Regierung gewarnt.

In Deutschland sind unmittelbar nach dem GAU acht AKW abgeschaltet worden, neun Atomreaktoren sind aber weiter am Netz, längstens bis 2022. Ich kann an dieser Stelle nur die Forderung der LINKEN wiederholen, die Restlaufzeiten der verbliebenen Meiler massiv zu verkürzen, und verweise in diesem Zusammenhang auf Herrmann Scheer, einen der wichtigsten Wegbereiter für eine zukunftsfähige globale Energielandschaft, der leider 2010 verstorben ist. Er sagte: „Der beschleunigte Wechsel zu Erneuerbaren Energien ist die ökologische, wirtschaftliche und soziale Existenzfrage mit friedenspolitischer Dimension. Es darf keine Zeit mehr verspielt werden.“

Ein rascher Ausstieg aus der Kernkrafttechnologie muss gleichzeitig mit der Lösung der Endlagerfrage verbunden werden. Ich bin der Überzeugung, dass es unsäglich ist, dass es keine übergreifende Diskussion über standortunabhängige Kriterien für eine sichere Verwahrung gibt.

Die Aussagen beim jüngsten Besuch der neuen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks im Endlager Asse sind ein erneuter Beleg für das Fiasko, das durch die strahlenden Hinterlassenschaften droht. Es ist kaum vorstellbar, dass man nicht vor 2033 mit dem Rückholen von 126.000 kontaminierten Fässern aus den Schächten beginnen will.

Angesichts der 430 gegenwärtig auf der Erde aktiven Atomkraftwerke, deren radioaktive Abfälle auch irgendwo verwahrt werden müssen, muss das Problem ohne Zeitverzug sachlich und vor allem global angegangen werden.

Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE haben in Thüringen stattgefundene Anti-Atomproteste anlässlich des Fukushima-Jahrestages unterstützt. ■

AKTUELL

Kali-Fusionsvertrag offenbar rechtswidrig

Nach mehr als 20 Jahren Geheimhaltung hatte die „Thüringer Allgemeine“ eine Kopie des Kali-Fusionsvertrags erhalten und Details daraus am 8. März veröffentlicht. Das 62-Seiten-Dokument und seine Anhänge haben die Eingliederung der Mitteldeutschen Kali AG in den westdeutschen Bergbaukonzern Kali und Salz geregelt – eine der umstrittensten Privatisierungen in der Geschichte der Treuhandanstalt.

In einer ersten Reaktion hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, gegenüber dem MDR gesagt: „Wenn es der richtige Vertrag sein sollte, dem alles zugrunde liegt, wird deutlich, dass hier vor mehr als zwei Jahr-

zehnten ein großer Schaden zu Lasten des Steuerzahlers organisiert worden ist.“ Noch heute zahlen Thüringen und der Bund jährlich Millionenbeträge, um etwa die Kosten zur Verwahrung des Altbergbaus zu finanzieren. Es müsse nun aufgearbeitet werden, was die Landesregierung zu welchem Zeitpunkt wusste – „vor 20 Jahren ebenso wie heute“, betonte der LINKE Landespolitiker

Der Vorsitzende des Umweltausschusses im Landtag, der LINKE-Landtagsabgeordnete Tilo Kummer, sagte in einer Pressemitteilung, dass er die Altlastenfreistellung für rechtswidrig hält. „Eine Freistellung von der Altlastensanierung sogar noch für die ersten Jahre nach der Wende durfte nicht gewährt werden“, erklärte der Abgeordnete. Außerdem gebe es inzwischen Ge-

richtsurteile, die feststellen, dass eine solche Freistellung konkret an die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden werden musste. „Im Fall des Kali-Fusionsvertrages wurde dagegen die Abwicklung eines ganzen Industriezweigs in Thüringen geregelt“, so Tilo Kummer, der auch die Regelungen zur Wettbewerbsvermeidung für rechtswidrig hält, selbst wenn die EU damals zugestimmt haben sollte.

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag verlangt, dass das Material endlich vorgelegt wird. Sie werde u.a. im Umweltausschuss Antworten auf Fragen der letzten zwei Jahrzehnte einfordern. „Möglicherweise ergeben sich aus dem Vertrag Chancen, künftig Zahlungen für die Altlastensanierung einzustellen“, so der Umweltpolitiker abschließend. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Standard-Absenkung „ist für uns ein Tabu“

„Bildung in Kindertagesstätten kann nur dann auf hohem Niveau stattfinden, wenn wir eine ausreichende Personalausstattung in den Kitas haben“, betonte die Familienpolitikerin der Linksfraktion Margit Jung. Es sei ein „Schlag ins Gesicht der Eltern“, wenn die Standards in Thüringer Kitas nun schon wieder in Frage gestellt würden. Nachdem Eltern, Erzieherinnen, Gewerkschaften, DIE LINKE und SPD es mit dem Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik geschafft hatten, dass man die Kürzungen der Regierung Althaus zurückgenommen hat, würde eine neue Offensive gegen die Kinder und ihre Bildungschancen mit ebensolchem Widerstand rechnen können. Auch wenn im Landtag zahlreiche Dementis zu hören gewesen waren, sei es doch eine Tatsache, dass die CDU in ihrem Bildungspapier und der Gemeinde- und Städtebund in seinem Appell an die Landesregierung eine Absenkung der Standards ins Gespräch gebracht haben. „DIE LINKE wird weiterhin an der Seite der Eltern dafür kämpfen, dass in Kitas ausgebildete Erzieherinnen arbeiten. Für uns ist eine Absenkung der Standards tabu“, betonte die Abgeordnete. ■

Eine klare Ansage ist „mehr als überfällig“

Mit Unverständnis reagierte der LINKE Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow auf Äußerungen des Rechnungshof-Präsidenten Sebastian Dette, dass die Prüfung über die Rechtmäßigkeit der Funktionszulagen erst nach der Landtagswahl im September abgeschlossen werde. Es sei nicht nachvollziehbar, warum sich die Prüfung der Zulagen an Fraktionsmitglieder von CDU und FDP durch den Landesrechnungshof „dermaßen in die Länge zieht“. Hierzu gibt es eindeutige Entscheidungen der Verfassungsgerichte und es bedarf schlicht einer objektiven Prüfung, ob rechtswidrig weiter gezahlt wird. Insbesondere die verfassungswidrigen Zahlungen an Abgeordnete bei der CDU- und der FDP-Fraktion für die Wahrnehmung von Funktionen seien schon lange bekannt. Das dazu maßgebliche Urteil aus Karlsruhe stamme aus dem Juli 2000. „Trotzdem zahlen CDU und FDP weiter, dies ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten“, betonte Ramelow. Eine klare Ansage des Rechnungshofs sei hier mehr als überfällig. Wenn Herr Dr. Dette tatsächlich bis nach der Wahl im September warten wolle, müsse er sich fragen lassen, ob er damit nicht Beihilfe zur Steuergeldverschwendung leiste. ■

Doppelte Benachteiligung von Frauen beenden

Frauen, die eine starke Interessenvertretung wollen, „müssen bei den diesjährigen Wahlen in den Kommunen, für Europa und für den Landtag DIE LINKE wählen“, sagte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentags und betonte namens der Linksfraktion: „Wir kämpfen mit Frauen für Frauen.“

„DIE LINKE sei Sprachrohr für alle Frauen und ihre z.T. existenziellen Probleme, die sich z.B. daraus ergeben, dass sie im Alter benachteiligt sind, weil sie in der DDR geschieden wurden, oder dass sie als Führungskräfte an die gläserne Decke stoßen, vor einem prügelnden Partner ins Frauenhaus fliehen müssen oder als Frauen im Gesundheitssystem richtig behandelt werden wollen.“

„Die Hälfte unserer Listenplätze ist für Frauen reserviert“, sagte Karola Stange. „Das führt dazu, dass wir nicht nur Sozialpolitikerinnen haben, sondern z.B. auch Frauen, die für Innen-, Justiz- oder Landwirtschaftspolitik zuständig sind oder sich um den NSU-Untersuchungsausschuss kümmern.“ Wählerinnen könnten sich also sicher sein, dass ihre Interessen umfassend vertreten werden.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ina Leukefeld sagte: „Vor 20 Jahren hörte sich die Losung ‚Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd‘ fast wie ein Schlachtruf an. Die Herren aus dem Westen machten sich lustig über die ungebrochene Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen. Heute haben wir in Thüringen zwar eine hohe Frauen-Erwerbsquote, aber unter den Vollzeitbeschäftigten sieht

es mau aus.“ Bei der Frauenbeschäftigung, also dem Prozentsatz aller sozialversicherten weiblichen Erwerbspersonen zwischen 15 und 65 Jahren, liegen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit die neuen Bundesländer deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 49,4 Prozent. Thüringen nimmt nach Sachsen (56,5 Prozent), den zweiten Platz mit 55,9 Prozent ein und liegt noch vor Brandenburg (55,7), Sachsen-Anhalt (54,9) und Mecklenburg-Vorpommern (54,1).

„Jubel kommt dennoch nicht auf, denn Frauenerwerbstätigkeit ist meist

prekär und schlecht bezahlt“, so Ina Leukefeld. Wie jetzt die Regionaldirektion für Arbeit vermeldete, sind unter den rund 475.000 Vollzeitbeschäftigten im Freistaat etwa 165.000 Frauen. Sie sind vor allem in den unteren Einkommensgruppen vertreten. Dabei dominieren ungewollte Teilzeit und Minijobs in geringfügiger Beschäftigung. Die Zahl derjenigen Menschen, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung noch einen Minijob ausüben müssen, hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt.

„Die Einkommenssituation von Frauen ist deutlich schlechter als die der Männer. Die Lohndifferenz beträgt noch immer im Durchschnitt mehr als 20 Prozent“, kritisierte die LINKE-Abgeordnete. Das hängt auch damit zusammen, dass ein Großteil der Frauen in Branchen arbeitet, die relativ geringe Löhne zahlen. Dazu gehören Pflegeberufe, das Hotel- und Gaststättengewerbe und der Dienstleistungsbereich. Frauen erhalten zudem seltener Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld oder eine Gewinnbeteiligung. Während Männern häufiger Weiterbildungen angeboten werden, machen Frauen Weiterbildungen verstärkt auf eigene Kosten.

Die LINKE Politikerin stellte fest, dass Frauen laut jüngster Studie über die Verteilung des Vermögens lediglich über 72 Prozent des Durchschnittsvermögens der Männer verfügen. In Ostdeutschland ist der Durchschnitt zudem mit 8000 Euro weitaus niedriger als im Westen mit 21000 Euro. „Dieser Unterschied bleibt also auch nach über zwei Jahrzehnten deutscher Einheit immens. Auch daran wollen wir anlässlich des Frauentages erinnern, denn eine doppelte Benachteiligung der ostdeutschen Frauen können und wollen wir nicht länger hinnehmen.“ ■



Natürlich hat auch der Vorsitzende der Linksfraktion, Bodo Ramelow, zum Frauentag mit Blumen gratuliert u.a. auf dem Erfurter Anger, denn es ist ihm immer „ein wichtiges Anliegen“, wie er betonte, „am 8. März, dem Kampftag für die Gleichberechtigung der Frauen, auf der Straße zu sein“. Ihm taten es zahlreiche Bundes-, Landtagsabgeordnete und KommunalpolitikerInnen der LINKE überall in Thüringen gleich.

LINKE mit „Fair-Änderungs-Angeboten“ auf Messe

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag nimmt an der ThüringenAusstellung auf der Erfurter Messe vom 8. März bis 16. März mit einem eigenen Informationsstand in der Messehalle 1 teil.

„Wir möchten Bürgerinnen und Bürger herzlich einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen. Gerne stehen wir für Nachfragen zur Verfügung. Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, einerseits Anregungen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger mit in den Landtag zu nehmen und andererseits über unsere parlamentarische Arbeit zu informieren. Nicht zuletzt wollen wir unser Projekt ‚Thüringen fair ändern‘ vorstellen“, sagte Bodo Ramelow, der Vorsitzende der Fraktion und designierter Spitzenkandidat der Thüringer LINKEN für die Landtagswahl am 14. September in Thüringen.

Bereits am ersten Tag war der Andrang groß. Im Foto Margit Jung, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Während der gesamten Messezeit stehen LINKE-Landtagsabgeordnete aus den verschiedenen Politikbereichen für Gespräche am Infostand bereit, der gut bestückt ist mit Informationsmaterial und diversen LINKE-Utensilien. Wer zu welcher Zeit anzutreffen ist, steht tagesaktuell in einer Übersicht auf www.die-linke-thl.de, wo es auch zu einer Fotogalerie geht. ■



Auch nicht für einen Verfassungsschutz light

Wie das: Neugründung eines Geheimdienstes erster Schritt zu dessen Abschaffung?

Es ist „wirklich schwer nachzuvollziehen, warum die Neugründung eines Geheimdienstes der erste Schritt zu dessen Abschaffung sein soll“, kommentierte Ralf Kalich, Sprecher für Innenpolitik der Linksfraktion, den am 27. Februar im Landtag beratenen Gesetzentwurf von Bündnis 90/DIE GRÜNEN für eine Neufassung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes. Begründete Zweifel haben auch gegen Neonazis engagierte Bürgerbündnisse deutlich gemacht.

Keine andere Behörde hat in so kurzer Zeit ihre Legitimation verloren, wie der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz. „Die jahrelang wie ein Mantra wiederholte Mär vom Verfassungsschutz als Frühwarnsystem ist zusammengefallen wie ein Kartenhaus“, so Ralf Kalich auch mit Blick auf das Versagen des Geheimdienstes bei der Verfolgung von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe und dem sich anschließenden Umherirren der Geheimdienste im und um das neonazistische Terrornetzwerk NSU.

„Das wirklich Tragische an der Debatte ist, dass trotz NSU, trotz V-Leute-Skandalen, trotz der Beteiligung der Verfassungsschutzämter am Struktur- und an politischen Aktionen von Neonazis, es ein ungebrochenes Bekenntnis zum Geheimdienst als solchen gibt. Und bei Bündnis 90 füge ich hinzu, auch trotz der Erfahrungen aus der DDR“, hatte der LINKE Abgeordnete in seiner Rede im Landtag betont.

Die Linksfraktion hatte im Februar 2012 ihren Gesetzentwurf für eine tatsächliche Abschaffung des Geheimdienstes in Thüringen vorgelegt. Keine einzige Sitzung der beiden Untersuchungsausschüsse des Thüringer Landtages, die sich mit Geheimdienstversagen beschäftigen, hat ein Argument für die ersatzlose Abschaffung entkräftet, im Gegenteil. Zutage getre-

ten sind nicht nur personelle Fehler und strukturelle Mängel. „Zutage treten sind vor allem systemische Fehler, die in einem Geheimdienst und in nachrichtendienstlicher, also verdeckter, Informationsbeschaffung angelegt sind. Genau dies berücksichtigt der Grüne-Gesetzentwurf nicht“, kritisierte Ralf Kalich.

Als „inkonsequent“ bezeichnete er den vorgeschlagenen V-Leute-Verzicht auf Probe. Laut Gesetzentwurf der

se des Grüne-Abgeordneten Dirk Adams gerichtet, der zuvor gesprochen hatte, sagte sie u.a. (Auszüge aus dem Plenarprotokoll):

„Auch die Bürgerbündnisvernetzung hat sich ganz klar geäußert zum Gesetzentwurf, den Sie heute vorgelegt haben, und ganz klar gesagt hat, dass sie keinen Verfassungsschutz light haben wollen, so wie Sie es heute hier vorgestellt haben. Sie waren, wenn ich das richtig recherchiert habe, Mitglied



Grünen sollen sie wieder eingeführt werden, wenn es Sinn mache.

„In diesem Vorhaben ist mehr Geheimdienst drin, als der euphemistische Titel des Grüne-Artikelgesetzes ‚zur Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz und Neufassung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes‘ auf den ersten Blick erahnen lässt“, monierte der LINKE-Abgeordnete und erneuerte die Forderung seiner Fraktion nach Abschaffung des Amtes und Einrichtung einer unabhängigen Informations- und Dokumentationsstelle zum Schutz der Grundrechte und Demokratie.

In der Landtagsdebatte hatte sich auch die LINKE Abgeordnete Katharina König zu Wort gemeldet. An die Adres-

des Erfurter Bürgerkomitees und einige von denen haben damals als Vertreter am 9. Januar 1990 eine Erklärung herausgegeben und als Mitglied des Erfurter Bürgerkomitees haben Sie - zumindest habe ich nichts gefunden - dem nicht widersprochen.

Darin steht unter drittens: Sofortige und vollständige Auflösung der Staatssicherheit und aller Nachfolgeeinrichtungen, auch des bereits arbeitenden Amtes für Verfassungsschutz. Und eine ähnliche Erklärung gibt es von bundesweiten Oppositionellen aus dem Jahr 1991, die genau diese Komplettauflösung der Geheimdienste fordern, und das unter anderem auf der Grundlage der Erfahrungen der Oppositionellen in der DDR.“

Breitbandausbau

Zur Versorgung mit breitbandigem Internet in Thüringen erklärte MdL Katharina König: „Auch wenn sich der Ausbaustand verbessert hat, bleiben noch immer fast 100 000 Haushalte von einer passablen Internetverbindung ausgeschlossen. Dreihundert nicht flächendeckend versorgte Orte sind immer noch weit zu viele. Eigentlich müsste man längst die Versorgung mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s ins Auge fassen. Somit aber sind nicht einmal 300 000 Haushalte von circa 1 123 000 Haushalten in Thüringen versorgt. Vor allem der ländliche Raum ist massiv benachteiligt, wenn er von höheren Bandbreiten abgeschnitten bleibt“, betont die netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Berufsschüler

Die Linksfraktion unterstützt die Kritik der Eltern, der Schüler und des DGB an den Regelungen für Fahrt- und Unterbringungskosten für Berufsschüler. Die Landesvorsitzende der LINKEN und ausbildungspolitische Sprecherin der Fraktion, Susanne Hennig, erklärte: „Die Situation für die Berufsschüler spitzt sich seit Jahren immer mehr zu. Während Klassen zusammengelegt und die Wege immer länger werden und viele Ausbildungsentgelte nach wie vor zu niedrig sind, lässt die Landesregierung die betroffenen Familien mit den Problemen allein. Thüringen hat eine der schlechtesten Unterstützungsregelungen aller Bundesländer. Die LINKE setzt sich für ein thüringenweites Azubi-Ticket ein.“

Hebammen

„Wer die schwierige Situation der Hebammen ernst nimmt, darf die Diskussion nicht unnötig verschleppen“, sagte MdL Karola Stange, nachdem in der letzten Landtagssitzung ein Antrag der Grünen dazu nicht mehr behandelt wurde. DIE LINKE hat Vorschläge gemacht, wie die Belastung der Hebammen mit Haftpflichtbeiträgen so gelöst werden könnte, dass keine Geburtshelferin ihren Beruf aufgeben muss. Dazu gehören eine Pflicht für die Versicherer, den Hebammen eine Versicherung anzubieten sowie die Einrichtung eines Fonds, der hohe Schadensfälle ausgleichen kann. „Wir stehen solidarisch an der Seite der Hebammen und setzen uns im Landtag für sie ein“, so die Abgeordnete.

VON A BIS Z:

Energiearmut

Angesichts der massiven Zunahme der Energiearmut in Deutschland erklärte Matthias Bärwolff, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Stagnierende Reallöhne, mangelhafte Anpassungen der Kosten für Unterkunft und Heizung sowie der Hartz IV-Regelsätze führen zu einer massiven Verschärfung der sozialen Situation, auch in Fragen der energetischen Sicherheit. Strom- und Energiesperren werden für immer mehr Betroffene bittere Realität.“ Inzwischen leiden 17 Prozent der Haushalte in der Bundesrepublik unter Energiearmut. Die Preise an den Strombörsen sinken zugunsten der Gewinne der Stromkonzerne, die Endverbraucher zahlen dafür immer mehr drauf. „Stromsperren sind längst kein gesellschaftliches Randphänomen mehr. Es ist dringend geboten, dieses Thema deshalb auch nicht mehr randständig zu behandeln. DIE LINKE bleibt bei Ihrer Forderung nach einem Verbot von Energiesperren, auch weil der Zugang zu Strom und Wärme für ein menschenwürdiges Leben unabdingbar ist. Kommunale Stadtwerke und Energieversorger müssen zudem dafür Sorge tragen, dass den schlimmsten Auswüchsen der Energiearmut mit einem Sozialtarif begegnet wird“, forderte der Sozialpolitiker und sagte auch, „wenn Kaufhallen und Modegeschäfte, Golfplätze und Thüringer Ministerien auf Kosten der anderen Energiekunden sich von der EEG-Umlage befreien lassen, dann ist dies weder ökologisch nachhaltig, noch sozial verträglich“.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden vom 19. bis 21. März sowie vom 9. bis 11. April statt.

Seniorenkonferenz:

Zu einer Kommunalpolitischen Seniorenkonferenz, bei der es u.a. um eine Diskussion des Seniorenmittlungsgesetzes geht, lädt die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ein. Diese findet statt am Dienstag, den 8. April, in der Zeit von 10.00 bis 15.00 Uhr in Erfurt, Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, Raum F101.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:
www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Menschenfeindlicher Hetze die Stirn bieten

„Die Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte häufen sich bundesweit. Dies ist auch in Thüringen zu beobachten. Allein von September bis November 2013 gab es 20 Veranstaltungen der rechten Szene gegen Flüchtlinge bzw. Asylbewerberunterkünfte“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion. Erst vor wenigen Wochen war es in Waltershausen zu einer Demonstration von ca. 70 Personen - unter diesen eindeutig Neonazis - gekommen. Bürger berichten von einer zunehmend rassistischen Stimmung. Ähnliches ist derzeit in vielen Kommunen Thüringens zu beobachten - sei es Jena oder im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt. Die Abgeordnete macht darauf aufmerksam, dass in Thüringen Neonazis Ängste und Vorbehalte von Bürgern aufgreifen, um auf Stimmenfang zu gehen. Der extrem rechte Hintergrund ist dabei nicht für alle sofort erkennbar. „Ob beim Widersprechen von fremdenfeindlichen Stammtischparolen in der Kneipe oder beim Widerstand gegen rechte Propaganda auf Thüringens Straßen, hier gilt es, gemeinsam gegen menschenfeindliche Gesinnung aktiv zu werden und Rassisten aller Couleur die Stirn zu bieten“, sagte Katharina König. ■

Sanierungsstau bei Brücken beenden

„Es werden viel zu wenig Mittel zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Thüringen eingesetzt“, sagte Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik der Linksfraktion, mit Bezug auf eine Antwort der Landesregierung auf ihre Anfrage zum Zustand der Brücken in Thüringen. Demnach sind fast ein Drittel aller Brücken auf Thüringer Landes- und Bundesstraßen sanierungsbedürftig. Viele sollten wegen der starken Schäden komplett ersetzt werden. Dabei sei der unbefriedigende Zustand der Landes- und Bundesbrücken „sicher nur die Spitze des Eisbergs“.

Die Abgeordnete verweist auf eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik. „Offenkundig gibt es bei Brücken einen enormen Sanierungsstau. Gegenwärtig versuchen sich die Straßenbaubehörden vor allem mit Geschwindigkeitsbegrenzungen zu behelfen, um Brücken nicht sperren zu müssen. Das kann allerdings keine Dauerlösung sein.“ Die Abgeordnete fordert von der Landesregierung, die Kommunen nicht im Regen stehen zu lassen, die keine Mittel zur Brückenunterhaltung aufbringen können. Gudrun Lukin kündigte hierzu eine parlamentarische Initiative im Landtag an. ■

Gegen rückwirkende Erhebung von Beiträgen

„Es ist mitnichten gelungen, ein rechtssicheres und transparentes Gesetz vorzulegen“

Gegen die von der Landesregierung geplante praktisch unbegrenzte Rückwirkung von Straßenausbau-Beitragsforderungen hatten Mitglieder von Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben am 27. Februar vor dem Landtags-Plenargebäude in Erfurt protestiert (siehe Foto), bevor hier die Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes beschlossen werden sollte. Unterstützt wurden sie von Abgeordneten der Linksfraktion.

Namens der Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben hatte Peter Hammen gefordert: „Keine rückwirkende Erhebung von Beiträgen. Wenn Bürgerinnen und Bürger für Investitionen zahlen sollen, dann muss im Vorfeld geklärt werden, wie und in welcher Höhe. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind einzuhalten. Der Gesetzentwurf der Regierungskoalition ignoriert diese Rechtsprechung.“

Ausdrücklich unterstützt wurde der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, eine maximal vierjährige Rückwirkung zuzulassen - dies sei „ein möglicher Kompromiss“. Der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, der betont hatte, wie wichtig der außerparlamentarische Protest gerade auch bei der verfehlten Thüringer Kommunalabgabepolitik ist, kündigte bei entsprechend veränderten politischen Mehrheiten nach der Landtagswahl im Herbst Korrekturen der Gesetzgebung an.

In der Landtagsdebatte hatte Frank Kuschel u.a. erklärt: „Wir sind alle vom

Kommunalabgabengesetz betroffen. Jeder - jede Bürgerin, jeder Bürger in diesem Land, jedes Unternehmen - ist in irgendeiner Art und Weise von der Regelung des Kommunalabgabengesetzes betroffen. (...) Wir müssen uns tatsächlich fragen, ob Teile des Kommunalabgabengesetzes, die am Ende des 19. Jahrhunderts in Preußen ent-

der Landesregierung und der Regierungskoalition versprochen, dass es jetzt eine rechtssichere Regelung gibt, die praxistauglich ist und die von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden wird und auch von den Kommunalverwaltungen, von den Zweckverbänden, von den Rechtsaufsichtsbehörden, und das wird zu einer Beruhigung der Situa-



wickelt wurden, wirklich noch geeignet sind, im 21. Jahrhundert Probleme, Fiskalprobleme in diesem Land zu lösen. Da sagen wir ganz eindeutig nein. Das bedarf grundsätzlicher Veränderung. Das steht aber heute hier nicht auf der Tagesordnung, das ist ein Angebot an die Öffentlichkeit, das wir hier unterbreitet haben für die Zeit nach der nächsten Landtagswahl und da müssen dazwischen Wählerinnen und Wähler entscheiden, ob sie eine solche neue Herangehensweise im Kommunalabgabenrecht wollen. 2011 bei der damaligen Novelle haben uns Vertreter

tion führen. Diese Aussage hat nicht lange Bestand gehabt. Nach eineinhalb Jahren hat jetzt das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung getroffen, aber auch das Thüringer Obergericht hat eine Entscheidung getroffen und der jetzige Gesetzentwurf ist eine Reaktion auf diese Rechtsprechung.

Was aber festzuhalten bleibt, ist, dass es mitnichten Ihnen gelungen ist, ein rechtssicheres, anwendbares, verständliches, transparentes Gesetz hier zu beschließen und der Öffentlichkeit vorzulegen.“ ■

„Schwierigkeiten bei der Beantwortung“

Innenminister war über V-Mann-Tätigkeit eines NPD-Funktionärs informiert

Auch mit einem aufschlussreichen Aktenvermerk hatte es der Untersuchungsausschuss 5/2 des Thüringer Landtags, der die Machenschaften des früheren NPD-Funktionärs und V-Mannes Kai-Uwe Trinkaus aufarbeitet, am 7. Februar 2014 zu tun. Trinkaus hatte seinerzeit versucht, die Jugendorganisation der SPD, die Linksfraktion im Thüringer Landtag sowie den Bund der Vertriebenen mit Gesinnungsgenossen zu unterwandern und zu diskreditieren. Von den Behörden gewarnt worden war nur der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, ein CDU-Landtagsabgeordneter.

Angefertigt hatte den Vermerk Thomas Sippel, von 2000 bis 2012 Präsident des Thüringer Geheimdienstes „Landesamt für Verfassungsschutz“. Die im April 2007 entstandene Notiz erlangte eine gewisse Bedeutung und beschäftigte sogar den damaligen Innenminister Karl Heinz Gasser (CDU).

In der Angelegenheit des V-Mannes „Ares“ (der Deckname von Trinkaus beim Geheimdienst), so heißt es in dem Vermerk, habe auf Initiative von Sippel eine Unterredung mit dem Minister stattgefunden. Der Hintergrund: Sippel hatte erfahren, dass die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag offenbar eine parlamentarische Anfrage plante: in einer Pressemitteilung hatte die NPD auf die Wahl ihres Kreisvorsitzenden Trinkaus aufmerksam gemacht und darauf verwiesen, dass der früher für die PDS im Stadtrat gesessen habe. Tatsächlich war Trinkaus etliche Jahre früher kurzzeitig PDS-Stadratsmitglied gewesen, die CDU wollte das wohl propagandistisch ausschlichten.

Doch Sippel war aufgeschreckt - denn Trinkaus arbeitete eben auch als Spitzel für den Verfassungsschutz. Er habe Gasser darauf aufmerksam gemacht, dass eine derartige Anfrage sich auf einen V-Mann beziehen würde

„und daher Schwierigkeiten bei deren Beantwortung nach sich ziehen könne“. Klar ist damit, dass Gasser vor den perfiden Aktionen von Trinkaus gegen mehrere Landtagsabgeordnete der Linksfraktion über dessen V-Mann-Tätigkeit informiert war. Es sei abzuwägen, so Sippel weiter, „ob vorsorglich in einem Gespräch mit der Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion die Problematik zu erörtern“ sei.

Fraktionsvorsitzende der CDU war in dieser Zeit die heutige Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht. Laut des Aktenvermerks erklärte Gasser, selbst mit der Parteifreundin über die Angelegenheit sprechen zu wollen. Er konnte vom Ausschuss bisher allerdings dazu noch nicht befragt werden. Doch eine entsprechende parlamentarische Anfrage wurde von der CDU-Landtagsfraktion damals nicht gestellt.

Stefan Wogawa

DAS THEMA

Stell Dir vor, es ist Wahl und alle gehen hin...

Eine weitere Direkte-Demokratie-Tagung der Landtagsfraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Grüne zusammen mit dem „Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen“ – nunmehr bereits die vierte – befasste sich mit dem Thema: „Stell Dir vor, es ist Wahl und alle gehen hin – Soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen“.

Denn „nach jeder Wahl werden Klagegelder über die niedrige Wahlbeteiligung angestimmt und besonders einkommensschwache und bildungsferne Schichten wenden sich zunehmend von politischen Prozessen ab“, so hieß es in der Einladung zur Tagung am 4. März im Erfurter Landtag, zu der Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“, zahlreiche interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Landtagsabgeordnete, vor allem auch aus der Linksfraktion, begrüßen konnte.

Er erinnerte an den z.T. steinigen Weg des Ausbaus der direkten Demokratie in Thüringen und sagte, zwar seien inzwischen alle für die Bürgerbeteiligung, aber wenn es konkret werde, stoße das Verlangen nach mehr Einflussrechten oft auch auf Hindernisse.

Den Eröffnungsbeitrag – überschrieben mit dem Titel „Wählen zwischen Macht und Ohnmacht“ – hielt Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, frühere Bundesjustizministerin und derzeit Mitglied im Kuratorium von „Mehr Demokratie

Demokratie-Tagung zum Thema „Soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen“

e.V.“. Anschließend stellten Wissenschaftler Forschungsergebnisse zur Beteiligung bei Wahlen und Abstimmungen vor (mehr dazu im untenstehenden Beitrag). Spannend war auch der Vortrag von Dr. Michael Efler, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V., zum Hamburger Volksentscheid zur Schulreform, den er nicht als Beleg für eine Relativierung direktdemokratischer Beteiligung wertete. Nach diesem schon sehr anspruchsvollen Programm gingen die Vertreter aller fünf Landtagsfraktionen in der Podiumsdiskussion der Frage nach, ob wir in Deutschland eine Wahlpflicht brauchen.

Natürlich nicht, da waren sich alle einig. Dorothea Marx (SPD) betonte jedoch, dass nach den Ursachen für eine niedrige Wahlbeteiligung gesucht werden müsse. Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte an die „fliegenden Wahlurnen“ in der DDR und den subtilen sozialen Druck. Manfred Scherer (CDU) sagte, „Politikverdrossenheit kann man nicht durch Wahlpflicht bekämpfen“ und Dirk Bergner von der FDP hielt es mit Pestalozzi „Beispiele machen Lust“, auf keinen Fall Zwang. Schließlich erhielt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bo-



do Ramelow, die Möglichkeit, seine Auffassung darzulegen – „gegen Wahlzwang, aber für direkte Demokratie“. Er sprach sich vor allem dafür aus, dass bei Entscheidungsprozessen mehr in die Gesellschaft hineingegangen werden müsse. Und mehr Demokratie bedeute auch, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr mitentscheiden – auch bei Finanzfragen, auch über Bürgerhaushalte. Dabei seien „mehr Ehrlichkeit und mehr Klarheit“ notwendig, statt „Scheinpartizipation“ über Emails bei Aufreger-Themen zum Beispiel. Die LINKE wolle dieses Land fair verän-

dern, dies betreffe vor allem auch die Bildungslandschaft. Ob das gegliederte Schulsystem aufgegeben werden sollte, dazu könnte es ein verfassungsänderndes Referendum geben, so Bodo Ramelow. Dorothea Marx meinte, dass frühzeitig für eine Änderung der Schullandschaft geworben werden sollte und dass doch das positive Beispiel der Gemeinschaftsschulen bereits wirke. Im Übrigen werde man nach den Landtagswahlen „sehen, mit wem wir am meisten SPD-rote Politik verwirklichen können“...

A. Rudolph

Zugang zu Informationen wichtig für demokratische Teilhabe

Auf dem Gebiet der direkten Demokratie habe sich in den vergangenen Jahren in anderen Staaten und vor allem in den Bundesländern viel getan und es seien – im Gegensatz zur Weimarer Republik – sehr positive Erfahrungen gemacht worden, so dass der bundesweite Volksentscheid in das Grundgesetz gehört, so Dr. Herta Däubler-Gmelin auf der Demokratie-Tagung am 4. März im Landtag.

Ihr Eingangsvortrag „Wählen zwischen Macht und Ohnmacht“ beschäftigte sich auch mit dem Thema Wahlpflicht. Diese könne Menschen nicht zu nachhaltigem Engagement bewegen, so lange sie den Eindruck haben, dass ihre Stimmabgabe nicht wirklich etwas bewegt. Die Referentin verwies – auch mit Blick auf die anstehende Europawahl – auf die in der EU deutlich vorhandenen und dringend zu beseitigenden Demokratiedefizite, z.B. die nicht durch demokratische Wahl legitimierte Entscheidungsmacht von Kommissionen aus Regierungsvertretern der Mitgliedsstaaten zulasten des EU-Parlaments. Sebastian Bödeker vom Wissenschaftszentrum Berlin stellte aktuelle Forschungsergebnisse vor, die klar die Abhängigkeit von sozialer Situation und demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigten. Er betonte, dass der Zugang zu Informationen, Wissen und Bildung zentrale Be-



deutung für gleiche demokratische Teilhabe hat. Dabei geht es nicht nur um Wahlen und Abstimmungen, Menschen sollen auch für andere Beteiligungsformen, wie Bürgerinitiativen oder Kommunalmandate, gewonnen werden. Dazu müssten soziale Zugangshürden wie diejenige beseitigt werden, dass Menschen aus sogenannten bildungsferneren Schichten bei Versammlungen u.U. weniger Gehör finden, weil sie nicht so „geschliffen“ reden – obwohl ihre Argumente inhaltlich sehr gut sind.

Prof. Dr. Heinrich Best (Friedrich-Schiller-Universität Jena) beschäftigte sich mit Ergebnissen des „Thüringen-Monitors“ zu demokratischer Einstellung und Beteiligung im Land und machte deutlich, dass die „Beteiligungsforschung“ in Thüringen noch ausgebaut werden könnte. In einem

Audiomitschnitt einer anderen Veranstaltung kam Prof. Serdült aus der Schweiz zu Wort, der das „Beteiligungsverhalten“ der Schweizer Stimmbürger an Volksabstimmungen über viele Jahre untersucht hat. Sein Fazit: Auch wenn an einzelnen der bis zu vier Abstimmungstermine im Jahr nicht alle teilnehmen, so beteiligen sich über das Jahr betrachtet tatsächlich deutlich mehr als die Hälfte der Stimmbürger mindestens an einer der Volksabstimmungen – zumal es dann anders als bei Wahlen um Sachthemen geht.

Dr. Michael Efler (Bundesvorstand Mehr Demokratie e.V.) setzte sich mit der Frage auseinander, inwiefern der Hamburger Volksentscheid gegen Teile der dortigen Schulreform ein Beleg für soziale Exklusionsprozesse ist. Das kann nach Auswertung der Wahlergebnisse so pauschal nicht bestätigt werden, denn auch in „besser situierten“ Wohnbezirken gab es deutliche Zustimmung zur Schulreform. Klar ist auch: der „Knackpunkt“ des Volksentscheids war offensichtlich die Abschaffung des Elternwahlrechts zur Entscheidung für die weiterführende

Schule. Es gab deutliche Kommunikationsdefizite von öffentlicher Seite – bis dahin, dass die Wiedereinführung des Elternwahlrechts noch vor der Abstimmung nicht mehr ausreichend vermittelt wurde.

In „7 mal 7 Minuten für mehr Beteiligung“ wurden wichtige Aspekte wirksamer Beteiligung vorgestellt. So arbeitete Maik Nothnagel, Inklusionspolitiker der Linksfraktion, an Beispielen die Bedeutung der Barrierefreiheit heraus – bis hin zur Forderung, Menschen in gesetzlicher Betreuung nicht länger vom Wahlrecht auszuschließen. Dr. Sibylle Hallik (Redaktionsstab der Gesellschaft für Deutsche Sprache beim Bundestag) machte sehr anschaulich, wie einfache und verständliche Sprache in Texten hilft, Informationen für wirksame Beteiligung zu erschließen und welchen Verbesserungsbedarf es gibt. Der Thüringer Justizminister Dr. Holger Poppenhäger sprach zur Ausweitung des Wahlrechts für EU-Bürger. Dirk Adams, Abgeordneter der Grünen, plädierte für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Jörg Hopfe (Landtagsverwaltung) informierte über eine Konzeption zu Abstimmungsbroschüren und Ralf-Uwe-Beck stellte ein Projekt der „aufsuchenden“ Beteiligung bei der Vorbereitung der Olympischen Spiele in London vor – d.h. vor Verwirklichung von Projekten Betroffene in ihren Wohnvierteln einzubeziehen.

Sandra Steck

Konsequenterer Resozialisierung

In der vergangenen Landtagsitzung wurde ein neues Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch beschlossen, in dem alle Haftarten, neben dem Erwachsenenvollzug auch der Jugendstrafvollzug und die Untersuchungshaft, geregelt werden. Sabine Berninger unterstrich in der Debatte die Kritik der LINKEN an der Überführung der Gesetzgebungszuständigkeit für den Justizvollzug vom Bund auf die Länder – vor allem mit Blick auf eine „Rechtszersplitterung“ und die Gefahr eines „Spar- und Verwahrvollzugs“ unter den Ländern.

Der Gesetzentwurf berücksichtige zwar das Resozialisierungsziel, die Regelungen müssten aber noch viel stärker darauf ausgerichtet sein. Daher hatte die LINKE einen umfangreichen Änderungsantrag eingebracht. So ist es mit Blick auf die verfassungsrechtlichen Trennungsgrenzen zwischen den Haftarten und der in der U-Haft geltenden Unschuldsvermutung problematisch, dass alle Haftarten in einem Gesetz geregelt werden.

LINKE-Justizpolitikerin Berninger machte deutlich, dass die Änderungsanträge der Fraktion die Qualitätsstandards für alle drei Haftarten so gestalten, dass der Bruch zum Alltagsleben „draußen“ nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und im Sinne einer wirksamen Resozialisierung so gering wie möglich gehalten

wird, z.B. durch entsprechende Kommunikationsmöglichkeiten mit „draußen“ oder die Abschaffung von Anstaltskleidung.

Die Änderungsanträge greifen Punkte auf, für die die Fraktion schon während der Beratungen zum LINKE-Entwurf für ein Jugendstrafvollzugsgesetz im Jahr 2007 von zahlreichen Anzuhörenden Unterstützung bekommen hat, so die Schaffung eines sozialen Unterstützungsnetzes (mit Arbeitsagentur oder Jugend- und Sozialamt ab dem ersten Hafttag, eingeschlossen die „Nachbetreuung“, um das Rückfallrisiko zu minimieren), die Aus- und Weiterbildung in der JVA, die Einführung der konsensualen Streitschlichtung und eines wirksamen Rechtsschutzes.

LINKER Entschließungsantrag

Die LINKE greift auch Forderungen aus der aktuellen Anhörung auf, wie die Vorschläge des Landesdatenschutzbeauftragten, die Forderung der Landesärztekammer und der Anwaltsverbände nach notwendigem Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt bzw. Mandant und Anwalt. Mehrere Änderungen beziehen sich auf die Verbesserung der von vielen Seiten seit langem monierten medizinischen und therapeutischen Versorgung im Vollzug.

Die Linksfraktion brachte mit Blick auf die zu erwartende Ablehnung ihres Änderungsantrags auch einen Ent-

schließungsantrag ein, in dem detailliert gefordert wird, durch ein umfassendes Evaluierungsverfahren unter Beteiligung des Kriminologischen Dienstes die Umsetzung der Justizvollzugsgesetzbuchs kritisch zu begleiten, es auf seine Wirksamkeit in der Praxis und etwaige – zu beseitigende Mängel hin – zu überprüfen.

Dazu Sabine Berninger: „Wenn die CDU/SPD-Regierungskoalition schon nicht bereit ist, substanzielle Änderungen am Regierungsentwurf vorzunehmen, so verwundert doch sehr, dass von Seiten der Koalition nicht einmal die Bereitschaft bestand, die Änderungsforderungen des Landesdatenschutzbeauftragten in die Beschlussempfehlung aufzunehmen.“

Und weiter: „Mit Blick auf die Absicherung der praktischen Umsetzung des Gesetzes greift die LINKE-Fraktion die medizinische Versorgung und andere Problembaustellen auch im Entschließungsantrag auf. Der Justizvollzug – soll er als konsequenter Resozialisierungsvollzug wirksam sein – braucht die notwendige personelle, sächliche und finanzielle Ausstattung – und zwar kontinuierlich und verlässlich.“ Die LINKE-Fraktion wird in Sachen „kritische Begleitung“ des Vollzugs schon im kommenden Justizausschuss wieder aktiv mit einem Antrag zur kontinuierlichen Förderung von Resozialisierungsmaßnahmen für straffällige Jugendliche.

Sandra Steck

Paralympisch

Angesichts der Tatsache, dass kein Thüringer Sportler an den Paralympics in Sotschi teilnimmt, hatte MdL Maik Nothnagel erklärt: „Bedauern hilft nicht. Verantwortliche müssen sich fragen lassen, was für die Förderung des Behindertensports in Thüringen getan wurde und ob die so gepriesenen Wintersportbedingungen für Sportler mit Behinderung in Oberhof ausreichend sind.“

Die Vizepräsidentin des Thüringer Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbandes (TBRSV), Marion Peters, hatte gesagt, dass man für die Förderung des Behindertensports einen langen Atem braucht. Wenn jetzt das Ziel darin besteht, in Thüringen einen paralympischen Stützpunkt im Wintersport zu errichten und Athleten zu fördern, die international an den Start gehen können, „dann ist das doch ein Eingeständnis dafür, dass bisher nicht allzu viel erreicht wurde“, gab der inklusionspolitische Sprecher der Linksfraktion zu bedenken. Im Auftrag des Thüringer Wirtschaftsministeriums hat der TBRSV nun ein Konzept erarbeitet, um den Standort Oberhof auch für den Behindertensport attraktiv zu machen. Gegenwärtig besteht aber die Gefahr, dass es durch Kostenexplosionen zu Abstrichen bei der geplanten Barrierefreiheit des Multifunktionsgebäudes in Oberhof kommt. Das würde gleichzeitig die in diesen Fragen viel gelobte Änderung der Thüringer Bauordnung konterkarieren. ■

Einladung: „Jetzt Plan Bildung!“-Konferenz

Ein Bildungswesen mit wahrer Chancengerechtigkeit. Dies ist der Anspruch, den DIE LINKE an ihre Bildungspolitik stellt.

Die Thüringer Bildungslandschaft ist im Wandel und hat zum Teil mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Unzählige Projekte und Pilotphasen stehen massivem Unterrichtsausfall an den Schulen, prekären Beschäftigungsverhältnissen an den Hochschulen und fehlenden Finanzen im gesamten Bildungswesen gegenüber. Gleichzeitig werden aber hohe Anforderungen an die Pädagoginnen und Pädagogen gestellt. Mit ihrer Konferenz „Jetzt Plan Bildung!“ will die Landtagsfraktion DIE LINKE einen Beitrag in der aktuellen Bildungspolitik im Freistaat leisten, sich über Möglichkeiten und Ziele im Bildungswesen intensiv austauschen mit Pädagoginnen und Pädagogen, Angestellten, Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Eltern und selbstverständlich allen Interessierten.

Die LINKE ist der Überzeugung, dass Thüringen einen Plan B, einen Plan für ein gerechtes, emanzipatorisches und demokratisches Bildungswesen dringend nötig hat.

Die Bildungskonferenz findet am Samstag, den 5. April 2014, 9.00 bis 18.00 Uhr im Landtag in Erfurt statt:

9.00 Improvisationstheater

9.30 Eröffnung Dr. Birgit Klaubert, Landtags-Vizepräsidentin, Sprecherin für Kulturpolitik der Linksfraktion

10.00 Workshop-Phase 1
13.00 Workshop-Phase 2
15.30 Podiumsdiskussion
16.30 Auswertung und Abschluss der Konferenz

Workshops

- I. Eine Schule für alle! Gemeinschaftsschule jetzt?
- II. Von Luft und Berufung leben. Reicht das für die BildungsarbeiterInnen?
- III. Keine Noten – keine Leistung?
- IV. Bund, Land, Kommune – wer soll die Bildungsverantwortung tragen?
- V. Unterrichtsausfall – Was tun?
- VI. Digitale Klassenzimmer im maroden Schulgebäude?

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Zauberwort „5G“

Meine heutige Geschichte klingt wie ein Märchen. Es war also einmal, da hieß es, Deutschland und Großbritannien könnten „in dieser Revolution eine führende Rolle einnehmen“. Angekündigt hatte das der britische Premierminister David Cameron. Premierminister, das ist auf der Insel fast wie König. Revolution? Jawohl, und von Angela Merkel (die manchem vorkommt wie die böse Hexe des Ostens) wurde es sogar ausdrücklich bestätigt: man arbeite „intensiv“ daran. An der Revolution? Genau.

Aber keine Angst, gemeint ist (natürlich) nur schnelleres Internet. Das Zauberwort heißt hier nicht Abrakadabra, sondern „Netz der fünften Generation“ oder kurz „5G“. Dieses Netz soll nicht nur 1000-mal schöner, sondern vor allem 1000-mal schneller sein als der bisher modernste Standard. Daran wird nicht die Hogwarts-Schule für Hexerei und Zauberei arbeiten, sondern die Technische Universität Dresden, das King's College London und die Universität von Surrey. Verkündet wurden die revolutionären Ideen auf der Messe CEBIT, deren Partnerland in diesem Jahr Großbritannien ist – eigentlich ein Widerspruch in sich. Denn einer der Schwerpunkte der CEBIT liegt auf Datenschutz und IT-Sicherheit und der britische Geheimdienst GCHQ hat wegen der flächendeckenden Internetüberwachung nebst der amerikanischen NSA einen denkbar schlechten Ruf – wie eine Mischung aus Rumpelstilzchen und dem Drachen Smaug. Bei so viel märchenhaftem Glimmer wollte auch die hiesige CDU nicht abseits stehen.

Die hat angekündigt, Thüringen – diesmal wirklich! – „zum digitalen Wachstumsland in Deutschland“ zu machen und in einem ersten Schritt für einen flächendeckenden Zugang zu schnellem Internet zu sorgen. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann versprechen sie bis zum 14. September. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.